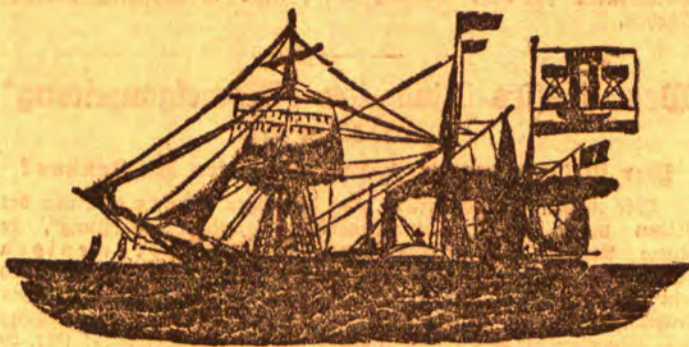


Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Beitung

Erscheint täglich morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen
vierteljährlicher Abonnementpreis
Prämienabgabe 99 M., mit Postlohn 105 M.
Austwärtige
Abonnieren bei den Postämtern und erhalten die Zeitung für
99 M. pro Quartal bei freier Zustellung.
Sprechstunden der Redaktion: Vorm. 11 bis 12 Uhr
außer Montag und Sonnabend.
Für Aufbewahrung und Rücksendung unbenutzter eingekaufte
Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.
Die Expedition ist geöffnet:
An Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends,
an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.
Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.



Anzeigen werden für den Raum einer Kolonne
Spalte von Abonnenten mit 4,00 M. berechnet
von Nicht-Abonnenten u. Auswärtigen mit 5,00 M. berechnet
Reklamensätze für Hefige 14,00 M., Auswärtige 17,00 M. die Zeile
bei Erfüllung von Platzvorschriften 50%, Aufschlag.
Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze
kann nicht übernommen werden.
Etwas Rabatt kann im Kontostille, bei Einziehung des
Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann
verweigert werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang
der Rechnung Zahlung erfolgt. Erfüllungsort ist Memel.
Anzeigen für die folgende Nummer bestimmt
sind spätestens bis vorm. 10 Uhr einzuliefern.
Telephonische Anzeigenannahme ohne Gewähr für
Richtigkeit.
Belag-Exemplare kosten 2,00 M.
Fernsprechnummern: 26 und 28.

Amerika in der Reparationskommission

Seine Entscheidung vor Mittwoch — Hoover als Schiedsrichter?

Paris, 27. August. Die Reparationskommission ver-
öffentlicht folgende Note: Die Reparationskommission war heute
mittag von 11 bis 1 Uhr versammelt. Die Kommission ist der Ansicht,
daß es ihr nicht möglich sein wird, vor Mittwoch, den 30.
August eine Entscheidung über das von der deutschen Regierung
am 12. Juli vorgelegte Moratoriumsverlangen zu fällen. Sie hat der
deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht, daß, wenn diese von der
Möglichkeit, gehört zu werden, die ihr nach Artikel 234 des Friedens-
vertrages zusteht, Gebrauch zu machen wünscht, die Kommission ge-
wünscht ist, die bevollmächtigten Vertreter am Mittwoch zu hören.
An der Besprechung der Reparationskommission nahm auch ein
amerikanischer Vertreter teil.
Die „Gazette“ meldet, haben in der heutigen Sitzung der Repara-
tionskommission, die offizielle Charakter hatte, die einzelnen Dele-
gierten ihre Ansicht über das deutsche Moratoriumsver-
langen auseinandergesetzt. Die einen erklärten, sie seien dem
Moratorium günstig gestimmt, andere, sie seien gegen ein Moratorium,
wenn nicht durch Deutschland produktive Pflanzungen würden.
Zwei Ansichten seien bei allen Mitgliedern der Reparationskommission
zum Durchbruch gekommen. Einmal, daß die gegenwärtige Unsicher-
heit ohne schwere Folgen nicht länger dauern könne und die Entschel-
dung der Kommission möglichst früh, wenn möglich am Mittwoch, er-
gehen müsse, außerdem, daß durch die Delegierten Versöhnungsver-
träge gemacht werden müssen, um eine einstimmige Entscheidung her-
beizuführen. — Nach der „Agence Havas“ deutet der heutige Beschluß
der Reparationskommission, ihre endgültige Entscheidung um drei
Tage zu vertagen, darauf hin, daß die vier Delegierten den Wunsch
haben, sich einmütig über diesen Entschluß zu verständigen. Die vier
Delegierten meinten in der Tat, sagt „Havas“, daß die letzten Mei-
nungsverschiedenheiten, die sich noch bei einem oder zwei von ihnen
zeigen sollten, alsdann beseitigt werden und daß, wenn schließlich am
Mittwoch die Reparationskommission ihre Entscheidung trifft, diese
Einstimmig gefaßt wird.

Berlin, 28. August. (Tel.) Die Reparationskommission
übergab der Kriegslastenkommission in Paris am 27. August mittags
folgende Note: Wenn die deutsche Regierung wünscht, hinsichtlich
des Stundungsgesuchs vom 12. Juli von ihrem Recht auf
sehr Gebrauch zu machen, welches ihr der Artikel 234 des
Vertrages gibt, so wird die Reparationskommission bereit sein, ihre
bevollmächtigten Vertreter am 30. August zu hören.

Deutschland schickt Bevollmächtigte nach Paris

Paris, 28. August. (Priv.-Tel.) Heute vormittag um 11
Uhr fand eine Sprechstunde statt, in der über die Ein-
ladung der Reparationskommission, deutsche Delegierte
nach Paris zu entsenden, beraten wurde. Es wurde beschlossen, der
Reparationskommission mitzuteilen, daß die Reichsregierung bereit
ist, ihren Standpunkt am Mittwoch in der Sitzung der Reparations-
kommission in Paris darzulegen. Als Vertreter der deutschen Re-
gierung werde Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzmini-
sterium nach Paris entsandt werden. Außerdem werden noch
einige Referenten der in Paris kommenden Missionen mit dem deut-
schen Unterhändler nach Paris fahren, die ihn in der Beratung unter-
stützen sollen.

Hoovers Plan

London, 26. August. Gouverneur James Cox, der Kandidat der
demokratischen Partei bei den letzten Präsidentschaftswahlen der Ver-
einigten Staaten in Amerika, machte heute die sensationelle Mitteilung,
daß Besprechungen im Gange sind, den amerikanischen Handelsminister
Herbert Hoover, den aus der Kriegszeit bekannten Lebensmittel-
inspektor, als Schiedsrichter für die Reparationsfrage
zu bestellen. Gouverneur Cox hat heute Lloyd George in einer
persönlichen Unterredung diesen Plan entwickelt. Cox soll bereits
von englischer, französischer und deutscher Seite die Versicherung er-
halten haben, daß diese drei Nationen mit dem Eintritt Hoovers in die
Reparationskommission einverstanden sein würden. Vor amerika-
nischen Pressevertretern teilte Cox folgende Einzelheiten mit:
Hoover würde die Aufgabe zufallen, die Lage Deutschlands festzu-
stellen und die Summe zu fixieren, die Deutschland zu zahlen in der
Lage ist. Cox betonte, daß Hoover das Vertrauen Europas besitze, und
deshalb ihm für seine Entscheidung würde aus Frankreich an-
genommen werden, das heißt also, von allen beteiligten Parteien. Jede
Regierung würde die Ernennung Hoovers begrüßen. Schon die bloße
Möglichkeit seiner Ernennung würde dazu beitragen, die Verhält-
nisse zu stabilisieren. Später, nachdem die Reparationsfrage gelöst sei,
würden Deutschland sowohl wie Frankreich und Österreich in der
Lage sein, die notwendigen Anleihen zu erhalten.

Zur Begründung sagte Gouverneur Cox: „Das Sturzzen-
trum der wirtschaftlichen Welt ist Mitteleuropa. Alle diejenigen, die Deutsch-
land und Österreich besucht haben, sind einer Meinung über den
tatsächlichen Punkt, an dem beide Länder angelangt sind. Öster-
reich ist bereits in Auflösung begriffen. Jede Stunde aber bringt
Deutschland demselben Punkt näher. Die Nationen Europas be-
dauern sich selbst auf einem toten Punkt in der Reparationsfrage. Die
Wirtschaft des Atlantischen Ozeans scheint man keine Lösung zu finden,
der Hauptknotenpunkt liegt bei den Vereinigten Staaten. Keine der von
England vorgeschlagenen Lösungen scheint von Frankreich angenom-
men zu werden.“

Es ist leicht, die Lage Deutschlands und Frankreichs zusammen-
zufassen. Seit Kriegsende hat Frankreich im eigenen Lande für etwa
2 Milliarden Anleihen ausgegeben, die durch Deutschland auf Grund

des Friedensvertrages zurückgezahlt werden sollen. Deutschland hat
ein Viertel seines Getreidelandes, vier Fünftel seiner Erzvorkommen
und ein Zehntel seines Gebiets verloren. Es hat etwa 25 Milliarden
Dollars während des Krieges ausgenommen und ein Defizit von 10
Millarden bleibt als schwebende Schuld. Cox ist der Meinung, daß
die Militärschlacht Frankreichs nur auf dem Wunsch nach eigener Sicher-
heit beruhe, daß aber die deutsche Regierung ebenfalls den Frieden
wünsche. Er fuhr dann fort:

„Deutschland hat etwa 20 Millionen Einwohner, die es nur bei in-
dustrieller Hochkonjunktur beschäftigen kann. Als die Mark auf 100
bis 200 für den Dollar stand, hatte Deutschland einen gewissen Vorteil
auf dem internationalen Markt. Heute aber können die Banken die
Rohstoffkäufe nicht mehr finanzieren und keine Nahrungsmittel be-
zahlen. Wenn nicht auf irgendeine Weise eine Erleichterung geschaffen
wird, werden die Geschäfte schließen, die Betriebe stillgelegt, Millionen
werden beschäftigungslos und der Winter voll Not und Entbehrung.
Wenn Deutschland zusammenbricht, kann Frankreich keine Zahlungen
erhalten und wird den Verlust nicht ohne schwere Schäden tragen
können.“

Auf seine Unterredung mit dem Reichskanzler Wirth
kommend, erklärte Cox, der Kanzler habe ihm in tiefer Bewegung
gesagt: „Wenn Sie die Vereinigten Staaten nicht bald
für Europa interessieren, ist in Deutschland und ganz
Mitteleuropa alles verloren.“ Cox sagte, Kanzler Wirth
habe ihn ermächtigt, seine Ausführungen dem amerikanischen Volk zu
übermitteln. Noch sei es nicht zu spät, um das Unglück zu
verhüten.

Belgien verzichtet auf Barzahlungen

Paris, 28. August. (Tel.) Nach dem „Matin“ geht die An-
regung zur Behebung der Entscheidung der Reparationskommission
von belgischer Seite aus. Belgien soll geneigt sein, während
der kommenden sechs oder wenigstens drei Monate anstatt Bar-
zahlungen Lieferungen von Deutschland entgegenzunehmen.

Reynes über Deutschlands Reparationspolitik

Hamburg, 26. August. In der heutigen Schlussitzung des
Weltwirtschaftskongresses der Ueberseewoche hielt Professor
Reynes seinen mit großer Spannung erwarteten Vortrag über
Deutschlands Reparationspolitik. Die beiden Ideen
einer großen internationalen Anleihe und der Zahlung durch Sach-
leistungen hätten, so führte er aus, nur in der Vergangenheit poli-
tischen Wert gehabt; es bedeuete eine gründliche Verneinung des in-
ternationalen Finanzwesens, an die Möglichkeit einer internationalen
Anleihe von nicht weniger als vier Milliarden Goldmark zu glauben.
Eine solche Anleihe würde unter keinerlei annehmbaren Bedingungen
umgesetzt werden können. Es gebe nur eine Art interna-
tionaler Anleihe, die bei der Regelung der Reparationen von Bedeutung
sein könnte, nämlich eine deutsche Anleihe, die in den Ländern der
Glaubiger Deutschlands aufgebracht würde. Eine deutsche, in Frank-
reich gezeichnete Anleihe würde, wenn der Ertrag der Anleihe Frank-
reich zufiele, ein praktisch wirksames Mittel sein, um die französischen
Finanzen nachdrücklich zu bessern. Unpraktisch, unwirtschaftlich sei
auch der Versuch, Barzahlungen durch Sachleistungen einschließ-
lich Kohlenlieferungen zu ersetzen. Deutschland würde besser in der Lage
sein, zu zahlen, wenn man ihm die Wahl der Zahlungsmethode selbst
überlasse. Jeder Versuch, bestimmte Arten der Zahlung vorzu-
schreiben, würde die Fähigkeit Deutschlands zu weiteren Zahlungen
herabmindern. Ein Moratorium sei unvermeidlich, es sei
indessen schwerer zu sagen, auf wie lange es gewährt werden müsse und
in welchem Maße Deutschland nach seiner Beendigung mit Zahlungen
beginnen könne. Er glaube, daß in der ersten Periode sehr defizitäre
Bedingungen vorzuliegen werden müßten.

Im weiteren Verlaufe denke er sich die Lösung folgendermaßen:
Gesetzt, die Gesamtschuld Deutschlands, abgesehen von den schon
bestehenden Zahlungen, würde auf 40 Milliarden Goldmark festgelegt,
und gesetzt, dieser Betrag wäre 1930 fällig, so wäre jeder Betrag, der
vorher bezahlt würde, zusätzlich 6 Prozent Zinseszinsen von der zu
diesem Zeitpunkt geschuldeten Summe abzuziehen. Von 1924 ab
würden die Jahresraten sich auf unwiderrückbar eine Goldmilliarde
zu belaufen haben, die 1930 noch geschuldete Summe wäre alsdann durch
eine Reihe mehr und mehr abnehmender Zahlungen auf 15 Jahre
zu verteilen.

Falls eine solche Regelung mit der Streichung von Sachleistungen,
der Auflösung der Reparationskommission und vor allem mit der
Beendigung der Befehung der Rheinlande zusammenträte, würde
Deutschland ein Finanzproblem gegeben sein, dessen Lösung seine
Sachverständigen gewöhnen sein würden und dessen Befürwortung
seine Politiker nicht zu sehr belaste.

Für eilige Leser

Die Reparationskommission teilt in einer Note mit, daß es ihr
unmöglich sei, vor Mittwoch eine Entscheidung über das deutsche
Moratoriumsverlangen zu fällen.

Die Reparationskommission lud die deutsche Regierung zu Be-
sprechungen nach Paris ein; die deutsche Regierung nahm die Ein-
ladung an.

Eine deutsche Ministerpräsidentenkonferenz besprach Maßnahmen
zur Bekämpfung der Teuerung.

Dollarfuß am 28. August: 1448,18 (28. August: 1797,75).

Die Bekämpfung der Teuerung in Deutschland

Regierungsbeschlüsse

Berlin, 28. August. (Priv.-Tel.) Heute vormittag um 11
Uhr begann die Konferenz der Ministerpräsidenten der
Einzelstaaten über die Bekämpfung der Teuerung,
der Devisenspekulation und des Budgets. Die Konferenz findet unter
dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Wirth statt, der sie mit einer
Rede eröffnete, in der er eingangs auf die Reparationsfrage zu
sprechen kam, wobei er auch den Gang der Verhandlungen zwischen
der Reichsregierung und den Vertretern der Reparationskommission
in der letzten Woche darlegte. Im Anschluß an die Rede des Reichs-
kanzlers folgte die Beratung über die Maßnahmen zur Bekämpfung
der Devisenspekulation und der Teuerung, wobei die von den ein-
zelnen Ministerien ausgearbeiteten Vorschläge zur Grundlage
genommen wurden. Die Konferenz dauerte bis nach 2 Uhr mittags
und wurde sodann auf 6 Uhr nachmittags vertagt. In dieser Sitzung
werden auf Grund der Ergebnisse der Diskussion bestimmte Beschlüsse
über die zu treffenden Maßnahmen gefaßt werden.

Sonabend vormittag fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten
ein Ministererrat statt. Gegenstand der Beratung war die innere
Lage des Reiches, namentlich die durch die Geldwertung der letzten
Wochen verschärfte Teuerung und die daraus für das Reich und
die Bevölkerung für den kommenden Winter drohenden Schwierig-
keiten. Der Reichskanzler regte an, daß bis zu der auf Montag, den
28. d. M. anberaumten Verhandlung der Reichsregierung mit den
Ministerpräsidenten und Innenministern der Länder die hauptsächlich
dazu berufenen Reichsreferenten fertige Vorschläge ausarbeiten möchten,
mit denen der drohenden Krise in der Ernährung und Wirtschaft
unseres Volkes entgegengetreten werden könnte.

In der sich anschließenden Aussprache gaben die Vertreter der
Referate ein Bild der Lage, wie sie sich in ihrem Aufgabengebiet dar-
stellt und erörterten die Möglichkeiten gesetzgeberischer oder verwalt-
ungsmäßigen Vorgehens. Auf dem Gebiete des allgemeinen Wirt-
schaftslebens sind vom Reichskabinett zwecks Berringerung des Be-
darfs an Einfuhrwaren bereits Beschränkungen in der Einfuhr von
Luxusgegenständen beschlossen; ferner werden Erhöhungen der Aus-
fuhrabgaben in den nächsten Tagen bekanntgegeben. Es sind Maß-
nahmen in Vorbereitung, um die reine Devisenspekulation
durch eine periodisch erfolgende nachträgliche Kontrolle der getätigten
Devisengeschäfte zu unterbinden, ohne daß durch diese Maßregel
der notwendige Devisenhandel für die Bedürfnisse des Geschäftsver-
kehrs behindert werden soll.

Der besonders wichtigen Sicherstellung der Volkser-
nährung sollen folgende Maßnahmen dienen: Die angebahnte
Regelung der Kartoffelversorgung für den Winter wird durch nach-
drückliche Förderung des Vertragsabschlusses zwischen Erzeugern und
Verbrauchern weiter verfolgt werden. Die Verwertung von Kar-
toffeln in den Brennerien wird auf das mit Rücksicht auf die Vieh-
haltung gebotene Mindestmaß beschränkt. Durch geeignete Maß-
nahmen wird eine sachgemäße Verteilung des Zuckers im nächsten
Wirtschaftsjahr herbeigeführt werden; die Verwendung von inländi-
schem Zucker zur Herstellung von Trübbranntwein wird verboten,
die Verwendung von inländischem Zucker zur Herstellung von Süssig-
keiten weitgehend eingeschränkt. In Aussicht genommen ist ferner
nach Einvernehmen mit den Ländern ein Verbot der Herstellung
starker Biere. In der angefaßten der hohen Fleischpreise besonders
wichtigen Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch soll
auf eine genügende Versorgung der Hochpreisfischei mit deutschen Kohle
hingewirkt werden; die Belieferung mit deutscher Kohle würde es
gleichzeitig ermöglichen, ein Verbot des Böhsens in fremden Häfen
an deutsche Fischdampfer und ein Ausfuhrverbot für Seefische zu
erlassen. Dem arbeitsgebenden und widerlichen Treiben in den
Schlemmergaststätten und in manchen Vergnügungslokalen soll Ein-
halt geboten werden.

Auf dem Gebiete der Fürsorge für die notwendige
Bevölkerung sind vor allem verstärkte Hilfsmaßnahmen für
Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner
eingeleitet. Die Teuerungszuschüsse für bedürftige Kriegsbeschädigte
und Kriegshinterbliebene sind mit Wirkung vom 1. August 1922 er-
höht worden und erhöhen sich mit Wirkung vom 1. September 1922
auf durchschnittlich weitere 66 2/3 Prozent. Die Hauptfürsorgestellen
sind ferner ermächtigt, für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene
Wintervorräte vorzusehen zu beschaffen. Auch die Mittel der so-
zialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sind
verdoppelt. Die Verdoppelung der Mittel für Kleinrentner steht be-
vor. Die Bezüge der Sozialrentner sind erst vor kurzem aufgebessert
worden. Verhandlungen über weitere Hilfsmaßnahmen stehen vor
dem Abschluß. Um eine bessere und sparsame Ernährung besonders
bedürftiger Volkskreise zu ermöglichen, soll der Ausbau und die Er-
weiterung der Volks-, Kinder- und Studentenheime sowie sonst
wie irgend möglich angestrebt werden.

Das Reichskabinett ist entschlossen, in Erkenntnis der Gefahren,
denen bei einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage
weite Bevölkerungsklassen ausgesetzt sein würden, mit schneel-
len und umfassenden vorbeugenden Maßnahmen entgegen-
zutreten.

Gegen die Rückkehr zur Zwangswirtschaft

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo hat an den Reichskanzler
und den Reichswirtschaftsminister ein Telegramm gerichtet, in dem er
als Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Reichstags-
fraktion der Deutschen Volkspartei entsetzten Einspruch er-
hebt gegen die von den Gewerkschaften geforderte Rückkehr zur
Zwangswirtschaft.

Handwritten notes and signatures at the bottom left corner.

Danzig und Polen

* Danzig, 25. August. In den letzten Tagen haben unter dem Vorsitz des Kommissars des Völkerbundes Sir Richard. Daking eingehende Verhandlungen zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig, vertreten durch den Präsidenten Sahn, und der diplomatischen Vertretung der Republik Polen, vertreten durch den Präsidenten Plocinski, stattgefunden. In den Verhandlungen wurden die meisten zwischen Danzig und Polen stehenden Streitfragen erörtert, die von der einen oder der anderen Seite der Entscheidung des Kommissars des Völkerbundes unterbreitet waren oder bei denen gegen eine solche Entscheidung Appell bei dem Rat des Völkerbundes eingelegt war. Es wurde hierbei festgestellt, daß für die Beratungen in Genf zwecks Entscheidung durch den Rat des Völkerbundes folgende Angelegenheiten in Frage kommen: a. Kontrolle und Verwaltung der Weichsel auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig. b. Niederlage für polnisches durchgehendes Kriegsgerät im Danziger Hafen. c. Port d'attache (Anlegestellen) für polnische Kriegsschiffe im Danziger Hafen. Diese drei Punkte haben bereits in früheren Tagungen den Rat des Völkerbundes beschäftigt.

Ueber die Frage der Beteiligung der Freien Stadt Danzig an internationalen Konferenzen hat der Kommissar des Völkerbundes folgende Entscheidung getroffen:

a. Gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Versailles oder der Konvention vom 9. November 1920 hat Danzig nicht das Recht auf besondere Vertretung und Stimme auf internationalen Konferenzen. Aber Danzig hat das Recht, einen oder mehrere Delegierte zu solchen Konferenzen zu entsenden, und diesen Delegierten, die zwar nicht ein unabhängiges Stimmrecht haben, ist gestattet, an irgendwelchen Diskussionen wirtschaftlicher Natur, welche die Wohlfahrt oder das Wohlbefinden der Freien Stadt Danzig betreffen, teilzunehmen.

b. Bei den Bestimmungen der Entscheidung vom 17. Dezember 21 und des späteren Übereinkommens hinsichtlich dieser Entscheidung, das zwischen den Delegierten der Regierung von Polen und Danzig beschlossen ist, soll es genau ebenso Anwendung finden wie auf alle anderen Angelegenheiten, welche durch jene Entscheidung und das Übereinkommen geregelt sind.

c. Nichts in dieser Entscheidung soll beeinträchtigen die Rechte des Rates des Völkerbundes oder der Versammlung des Völkerbundes, einen Delegierten der Regierung der Freien Stadt Danzig zu ernennen, an irgendwelchen besonderen internationalen Kongressen oder Versammlungen teilzunehmen und dort seine Stimme abzugeben.

Weltwirtschaftskongress in Hamburg

* Hamburg, 25. August. Der heutige siebente Tag des Internationalen Weltwirtschaftskongresses begann mit einem Vortrag des Prof. Alejandro Puig von der Universität Buenos Aires über den Wiederaufbau Europas und die Rohstoffverwertung. Er führte aus, daß der Vertrag von Versailles mit seinen Bestimmungen, die sich im Rheinland, Oberschlesien und Polen in Form von Sanktionen und anderen Zwangsmaßnahmen auswirken, stelle das größte Hindernis für die Reorganisation des Kredit- und eines richtigen, rentablen Rohstoffverteilung dar. Der Redner ging dann auf die argentinische Produktion ein und behauptete, Argentinien könne eine Produktion schaffen, die über die Grenzen des Landes hinaus der ganzen Welt zu ungeheurer Nutzen gereichen kann. Was nun Deutschlands finanzielle Lage angeht, so werde die fortschreitende Entwertung der Mark unvermeidlich mit schweren Krisen in allen Ländern Europas verbunden sein, wenn sich nicht ein annähernder Ausgleich seiner äußeren Zahlungsbilanzen und seiner inneren Finanzen vollzieht und wenn die neue innere Preispolitik nicht gesündere Bahnen einschlägt, d. h., wenn die Alliierten nicht die ungeheuren Beschäftigungskosten mindern und große und langfristige Moratorien für die Reparationen zugestehen und die Rohstoff produzierenden Länder nicht lange Kredite gewähren. Jeder Tag der Verzögerung auf diese Weise bedeute eine weitere Erschwerung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas und der Wiederherstellung der Wohlfahrt seiner Bewohner.

Sodann ergriß Ministerpräsident a. D. Stegerwald die Wortführung über: "Die Bedeutung der Wortarbeit für den Weltmarkt und die Kultur der Völker." Es gelte in Deutschland, den Willen zur Dualität zu ermedeln, und es gelte die Bedingungen zu schaffen, unter denen dieser Willen durchsetzen kann. In unserer heutigen Lage ständen wir vor zwei Möglichkeiten, entweder Auswanderung, Lohnarbeit für das Ausland, Herabdrückung der Lebenshaltung bis unter das physische Existenzminimum, oder aber wir leben als Kulturvolk weiter. Das könnten wir nur, wenn wir unsere Ausführungsleistung auf Weltarbeit einstellen. Leider ständen wir insoweit unserer schlechtesten wirtschaftlichen Lage vor der Tatsache, daß wir selbst Schuld an Konsumieren gezwungen sind. Die noch erzeugten Qualitätsgüter gingen ins Ausland. Trotzdem dürfe die Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht die Initiative töten und dadurch die Produktion nicht in einen Erstarrungszustand setzen.

Thomas zum Aufruf der deutschen Gewerkschaften

* London, 28. August. (Tel.) In einer Versammlung der Eisenbahner in Exeter erklärte der Führer der Eisenbahngewerkschaften Thomas, dem Aufruf der deutschen Gewerkschaftler an die britischen Gewerkschaftler müsse Gehör gegeben werden, um die europäische Katastrophe abzuwenden.

350 sacher Papierpreis?

Der "Zeitungsverlag" teilt mit, daß die Forderung der Zeitungsdruckpapier erzeugenden Verbände für September 70 Mark für das kilo betragen werde. Das würde gegenüber dem Preis im August eine Verteuerung um 150 v. H. bedeuten, gegenüber dem Friedenspreis eine Erhöhung auf das Dreihundertfache. Die endgültige Preisfestsetzung soll am 1. September erfolgen. Der "Zeitungsverlag" bemerkt, es sei klar, daß die geforderte Preisverhöhung, "das Ende fast aller deutschen Zeitungen bedeuten" würde. Der Verein deutscher Zeitungsverleger werde in einer am 2. September stattfindenden Sitzung des Vorstandes und der Kreisvereinsdelegierten sich darüber schlüssig zu machen haben, welche Maßnahmen in dieser Lage zu treffen sind.

Selbsthilfe gegen den Ausverkauf

* Berlin, 26. August. (Tel.) Der "Vol.-Anz." erfährt aus Dresden, daß in Seltsamer Weise dort an der sächsisch-böhmischen Grenze der Bauer zur Selbsthilfe gegen den Ausverkauf griff und sämtliche Grenzwege außer der Poststraße abgeperrt hat. Alle Reisenden werden dort genau untersucht. Es wurden dabei bisher eine Menge Waren beschlagnahmt.

Waffenfunde in Bremen

* Bremen, 27. August. Die Polizeidirektion teilt mit: Am 25. August, nachmittags, wurden auf dem Grundstück des Kaufmanns W. Schwachhauser Straße, in einem verschlossenen Schuppen 883 Infanteriegewehre, Modell 71 und 71 bzw. 84, Bergergewehre und Karabiner Modell 71 sowie etwa 50 000 Schuß dazu gehöriger Munition gefunden. Waffen und Munition wurden von der Kriminalpolizei sofort sichergestellt und werden einer genauen Prüfung unterzogen werden, inwieweit nach den gesetzlichen Bestimmungen die Waffenablieferung Pflicht ist. Das Strafverfahren gegen den Kaufmann W. wegen Vergehens gegen § 7 Ziffer 6 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 ist sofort eingeleitet und wird mit aller Beschleunigung und Schärfe durchgeführt werden.

Kurze Nachrichten

Wie uns ein Drahtbericht aus London meldet, berichtet das "Reutersche Büro" der Tod des Generals Botsch von Deventer. Sonnabend früh starb im Alter von 61 Jahren an den Folgen einer Operation der meyrheimschwarzblau-reichstagsabgeordnete Karl Pinckau.

Von der nächsten Völkerbundsratstagung

* London, 28. August. (Tel.) Das "Reutersche Büro" meldet, daß die britische Regierung auf das Programm der nächsten Tagung des Völkerbundsrats den Streit mit Frankreich bezüglich der über und in Tunis und Marokko veröffentlichten Nationalitätendekrete gesetzt habe. Nach einem Telegramm der "Montagspost" aus London verläutet dort an gut unterrichteter Stelle, daß Lloyd George sich zu der am 30. d. M. stattfindenden Tagung des Völkerbundsrates selbst nach Genf begeben wird. Neben der österreichischen Frage wird sich der Rat auch mit den panamerikanischen Fragen zu befassen haben. Mit Rücksicht auf diese Aufgabe wird als Vorkührender für diese Tagung ein Chile in Vorschlag gebracht werden.

Wes Geistes Kind die "Memelgauzeitung" geworden ist

Wer ist der neue Verleger des Blattes M. Janus?

Wir wiesen bereits darauf hin, daß Herr Janus, einer der beiden neuen Besitzer der Gendeburger "Memelgauzeitung", in einem Artikel des "Litwa" erst vor wenigen Wochen sich als ausgesprochener Großlitauer bekannt hat, wie auch sein Kompagnon Brokehl-Augustowicz der gleichen politischen Richtung angehört. Im folgenden bringen wir eine Uebersetzung des "Eingesandtes" des Herrn Janus im "Litwa" (Nr. 30 vom 28. Juli 1922), damit die Bevölkerung des Memelgebietes ins Klare ist zu setzen, was Geistes Kind nun die "Memelgauzeitung" für den Betrag von drei Millionen Papiermark geworden ist.

In einem langen "Eingesandtes" schildert Janus das Aufleben des litauischen Nationalismus. Ausgehend von dem "Nichts-würdig ist die Nation", sagt er, daß sich unter diesen "nichts-würdigen" Nationen damals besonders die litauische auszeichnet habe. "Als wir einmal einem Belgier gegenüber uns über unser Schicksal beklagten, da sagte er: Ihr seid gar keine Nation, sondern nur Leute ohne jedes Nationalbewußtsein." Das alles habe ihn (Janus) veranlaßt, die nationale Arbeit in die Hand zu nehmen. Im Jahre 1885 sei er ihm im Bunde mit gleichgesinnten Männern gekommen, die "Byrcute" zu gründen. Nach fünf Jahren war man so weit, daß man für die Reichstagswahl einen litauischen Kandidaten aufstellen konnte. Das Ausbringen der geldlichen Kosten sei in der Hauptsache ihm selbst zugefallen, weil seine Mitarbeiter mittellos waren. Er habe die Kosten bis zur völligen Verarmung getragen. (Woher kommen aber jetzt die Millionen für die "Memelgauzeitung") Aber man habe bereits einen litauischen Vertreter im Deutschen Reichstag gehabt und später auch im Preussischen Landtag. "Obwohl die Vertreter im Landtag litauer waren, so sprachen sie doch manchmal über die litauer nicht gut (Knutter, Raup, Gaiagalat und Stepnat). Nachdem ich selbst verarmt war, (S. v. woher kommen die jetzigen Millionen?) zog ich mit dem Rest meiner Druckerlei nach Memel und arbeitete dort, soviel ich vermochte, an der Hebung des litauischen nationalen Geistes. Wenn das Schicksal es mir beschiedene hätte, länger in Memel zu wohnen, dann bezweifle ich nicht, daß die Stadt Memel selbst sehr viel litauischer geworden wäre. (Jetzt will es wohl Herr Janus in Gendeburg versuchen). Es kam der Krieg und ich wohnte wieder in Bittelshagen. Da entstanden allerlei Gerüchte über mich, und mir drohte schon einige Mal die Gefährdung, entweder in den Königsberger Zwangslehen zu kommen oder erschossen zu werden."

Bei der zweiten russischen Invasion wurde Janus nach dem Gouverneement Samara verschleppt. "Nach dem Ausbruch der Revolution war es meine Sorge, die litauer Preußen zu vertreten und bei den Friedensverhandlungen für die Vereinigung Litauens einzutreten." Auf sein Betreiben wurde er in Samara von ca. 300 Vertriebenen aus Preussisch-Litauen mit 127 Stimmen zu einer litauerversammlung in Petersburg gewählt. Dort trat er für die Vereinigung Litauens ein. Nach seiner Rückkehr nach Samara gewannen die Bolschewiken die Oberhand. Aus den Nachrichten war zu erleben, daß Deutschland vor dem nahen Zusammenbruch stand. "Da war ich in Sorge, daß meine langjährige Arbeit in Pr.-Litauen nicht zunichte werden müßte. Denn die übrig gebliebenen Männer würden nach meiner Ansicht dort nichts weiter wirken; denn wie es scheint, trachteten sie nach eigenem Nutzen, und die wenigen für die Sache Begeisterten waren ohne Führer. Sobald ich davon hörte, daß die Bolschewiken den Grenzübertritt gestatten, da fuhr ich ohne Zaudern nach Hause. Nach einem ziemlich langen unfretwilligen Verweilen in Wilna und Romno unter a rauherer Behandlung wurden die Deutschen in Memel mit mir wieder im preussischen Litauen. Aber hier war der Apfel des Zusammenbruchs noch nicht reif, und ich konnte noch nicht viel unternehmen; denn ich hätte bald verloren sein können. Ich besuchte zwar meine alten Freunde oder Bekannte, um sie für den kommenden Kampf vorzubereiten. An verschiedene hatte ich lange Briefe geschrieben und versucht ihnen klar zu machen, was wir zu tun haben. Aber von diesen meinen vertrauenswürdigsten Litauern erhielt ich keine Antwort, warum, das weiß ich nicht, entweder waren sie träge oder sie hatten Zweifel. Dann besuchte ich in Rüssel den alten "Birker" Jonas Wanagat (den jetzigen Vorsitzenden des sog. "Memeler Bürgerbundes") und machte ihm allerlei Ratsschläge; aber Herr Wanagat war als irgend ein Schreiber auf einem Amt beschäftigt und fürchtete sehr, sich öffentlich zu zeigen, denn man hätte ihn sofort an die Front geschickt. Wenigstens fand ich ihn bereit, sich zu beteiligen. Gleichwohl, wenn andere, die früher solche oder solche Wirkende waren, gar nicht antworteten, so hielt ich es dafür, daß es für sie nun Zeit war, sich bei mir in Erinnerung zu bringen, und daß nur dann die Arbeit für das Vaterland, für Litauen, in Gang kommen könne. Meine Erwartungen trafen ein. Die deutsche Front brach zusammen, mir wartete ich ungeduldig wenigstens auf eine Antwort. Da erschien als erstes Schwächlein die Einladung des Jonas Wanagat. Wir begannen zu arbeiten, und schon fanden sich die ersten Männer, Strangalis, Danagatis, Simonaitis, Deiwitis und ich. (Lauter schöne Seelen also.) Wir riefen eine große Menge früherer Wirksamen zusammen, aber es ergaben von ihnen der kleinste Teil. Aber auch unter diesen wenigen gab es sehr verschiedene Ansichten. Verschiedene, wie Peksas und Kupel, waren lebhaft und entschlossen dafür, daß der Vorkührende der Litauer nur ein akademisch gebildeter Mann sein könne, und dies entwerbe Dr. Gaiagalat oder Dr. Stepnat als Gumbinnen. Dr. Gaiagalat war zwar damit einverstanden, Führer der Litauer zu sein; aber bald darnach wandte er sich an Herrn von Batocki mit Erklärungen, daß er keineswegs Vorkührender dieser Litauer, auch nicht einmal ihr Führer sei.

Andere, wie Brokettis-Bemerkungen, erklärten, daß solche Männer wie Janus und Wanagatis sich von der Spitze der Führung zurückziehen müßten, denn die Memeler seien nicht guten Auges auf Wanagatis und Janus sei von allen als unbedeutend und als Dumme ("šlap nikelis ir Starmalus") anerkannt. Als solche Stimmen laut wurden und alle Anwesenden dazu schwiegen, nahm ich an, daß alle damit einverstanden sind. (Aber doch nicht!) In der Bestätigung, die Stimmung der Memeler oder Tilsiter zu beeinträchtigen, hielt ich mich soviel ich konnte, mich irgendwo als Erster zu zeigen. (Warum denn so beschiden?)

Als Dr. Gaiagalat sich von dem Vorsth losgesagt hatte, bildete man eine Litauer, wenigstens ohne die Memeler, denn Brokettis bestand darauf, daß in Memel eine andere Litauer, mit Brokettis an der Spitze, bestehen dürfe; denn da es jetzt andere nicht gab, so mußte die Litauer des Wanagatis wirken, und der gefiel dem Brokettis schon nicht. Es blitzt ein anderer Wind daher; es erschien Auktuolaitis, bis dahin unter den wertvollsten Litauern unbe-

kannt, aber er tritt mit einem andern Zweck hervor, nämlich mit der Schaffung einer Organisation zum Schutze Litauens gegen die Bolschewiken. Preussische Litauen bildet ein eigenes Regiment, um der Welt in vornehmer Weise zu zeigen, daß es sich um dem Schutze der Grenzen Litauens beteiligt. An diesem Zweck beteiligen sich auch die Führer der Litauer, und die Räume der Litauer bleiben leer und hören auf zu wirken. Solch ein Stoß müßte selbstverständlich den ganzen Lauf zum Stehen bringen, weshalb auch die fernere Wirkungszeit keine Sonderliche wurde. Die Hägel der Litauer gelangten in die Hände von Jakob Stiklorius, eines gewissen preussischen Beamten, der alles nach dem einen preussischen Schlüssel fürnt, ob der Fuß klein oder groß ist. Er gründet einen Presseverein und gibt den "Lituanis Baltas" heraus, der sehr preussisch klingt. (Was werden wir erst von der "Memelgauzeitung" erwarten haben, wenn Herr Janus der "Baltas" sogar noch "zu preussisch" ist!) Es war ein Redakteur erforderlich, damit der "Baltas" sich unter den Leuten verbreitet. Es fand sich ein Redakteur, aber den Herren Professorien schien der Redakteur zu hohe Gehälter zu beanspruchen, und so spart den "Baltas" noch bis jetzt.

Alle hervorragenden Männer wirken nur noch, Brokettis, Dr. Stepnaitis sitzen als Direktoren und Präsidenten, und wir warten noch immer auf das schon längst geforderte Recht, mit den Beamten litauisch zu sprechen. Janus sagt dann über die angebliche Zurücksetzung der Litauer und fährt weiter fort:

Da ist es schwer verständlich, wozu diese Litauer da ist? (Arme Litauer!) Wenn sie in einer Zeit von drei Jahren nichts zuwege bringt, dann wird sie auch weiterhin nichts ausrichten. Es wird nichts nützen, wenn verschiedene unserer Wirkenden im Schmutz von Zylindern und Frack durch Memel spazieren und die Memeler sie dort nicht kumpe ("Starmaleis") nennen werden. Aber Gänse hält niemand ihrer schönen Stimme wegen. Und Herren Direktoren und Staatsräthe sollte man nicht allein ihrer Zylinder und Frack wegen halten, wenn unter diesen Zylindern und in diesen Frack eine Strohflecke ("Starmaleis-Duffis") - ein Stroflecker! - sitzt oder haut. Wir sind nicht berechtigt, die gegenwärtige Zeit zu verträumen oder dort irgendwelche preussische Disziplin zu schaffen, und alles andere, selbst die Rechte der litauischen Nation, das geht sie nicht an. In allen litauischen Einrichtungen (Stellen, Geschäften etc.) wird im Deutschen mehr gelehrt als in den Schulen. Schick es sich, mit den Rechten der litauischen Nation so umzugehen? Wie kann man sie untertischen, ein solches Benehmen litauisch zu nennen, wo die litauischen Schiffen gedrückt werden. Die Deutschen erhalten die ersten und gut bezahlten Stellen, und die Litauer?

Die kennen ja nicht die preussische Disziplin. Wenn so, wozu werden dann litauische Beamte nötig sein, und wer soll das bestimmen, denn jeder Litauer wird wissen, daß, obwohl er das ihm Obliegende leistet, er doch immer der Zweite bleiben wird, wie bisher, nicht allein bei der Behörde, sondern auch in den litauischen Einrichtungen. Der litauische Arbeits- oder Amtsinhaber wird nur bei einem Deutschen oder Juden einen Dienst finden, aber in den litauischen Einrichtungen wird es das nicht geben und noch lange nicht geben können, solange diese zylindertragenden (zylindertragenden) Herren herrschen werden.

In Litauen herrscht, soviel man weiß, die gleiche Krankheit. (O weh!) Dort sind die hohen Beamten Polen. (Süß, süß!) Die Memel ("Memelis") ist Litauens Strom, aber die Stromschnelle und Beamten sind Polen. Litauisch angeredet, heißt er sogar aus. Auch dort wohnt sich, ebenso wie bei uns, auf Litauens Namen eine ganze Menge fremder Herren, die über den zurückgebliebenen Litauer lachen. Wenn wir diese Großen nicht durch unsere Leute zu erziehen wissen werden, was ist dann unsere Selbstständigkeit und Unabhängigkeit wert?



Der Redakteur der "Memelgauzeitung" Waldemar Seeberg, der übrigens aus Lettland stammt und holländischer Abstammung ist, veröffentlicht seinen Vertrag mit den neuen Besitzern des Blattes, wonach er über die Aufnahme von Artikeln allein zu entscheiden das Recht haben und das Blatt vollständig selbstständig leiten soll. "Bei Zweifelsfällen" - heißt es jedoch weiter in dem Vertrag - "ist Rücksprache mit den Verlegern zu nehmen, deren Zustimmung eingeholt werden muß, während andererseits Herr Seeberg berechtigt ist, den Wünschen der Verleger gleichfalls seine Zustimmung zu versagen." Herr Seeberg sagt hinzu, daß er "Jederzeit umherziehen für seine Uebersetzung in die Schranken treten" wolle. "Nun wissen wir ja noch nicht ganz, welches seine Uebersetzung nach dem Besitzwechsel ist. Jedenfalls scheint er bereits sehr bemüht, den Wünschen seiner neuen Verleger gerecht zu werden und anschließliche Rücksprache gepflogen zu haben; denn in einem mit seinem Namen gezeichneten Artikel in der letzten Sonntagsnummer des Blattes, der übrigens in der Hauptsache nichts als ein Geschloße und Gedulde und Ausweichen darstellt, schreibt er u. a., daß das Memelproblem eine glückliche Regelung finden werde, "wenn sich das Memelvolk klar bekennt wird, daß es nun Osten hin, wenn auch vielleicht spärlicher, so aber doch gegenwärtig notwendige Konzessionen machen und manches aufgeben muß, womit es sich im ersten Moment nicht so leicht abfinden kann. Die in der Zukunft verbleibenden Deutsch-Litauer haben diese Schwere bereits zum großen Teil überwunden." - Herr Seeberg hält es also jetzt für richtig, daß es auch den Memelländern so geht wie den Deutsch-Litauern. Ja, er bezeichnet dies als notwendig, obwohl er selbst darunter gelitten hat. In dieser einen Hinsicht dürfte also zwischen ihm und seinen neuen Protogebn bereits völlige Uebersichtung herrschen. Für solche "unerschrockene Uebersetzung" wird im Memelland allerdings wenig Verständnis vorhanden sein.

Wieder Ruhe in Le Havre

* Paris, 27. August. Nach einer "Havas"-Meldung aus Le Havre ist die Ruhe wieder hergestellt. Heute früh ist das Casino Francais, der Sitz der Streikleitung, das die Streikenden hart verbarbarisiert hatten, ohne Blutvergießen genommen worden, da die Streikenden das Haus vorher verlassen hatten. In der Nacht wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Der Bahnhof wird militärisch bewacht. Angesichts der Bewegung, die nichts mehr mit einem Streik zu tun habe, sondern nur noch eine politische Agitation sei, ergriß der Präfect die energichsten Maßnahmen. Jede Zusammenkunft von Streikenden und Demonstranten ist strengstens verboten. "Havas" zufolge haben die Truppen keinerlei Gebrauch von der Waffe gemacht, sondern nur die von der Menge angegriffene Polizei, die mit Steinen beworfen und mit Revolvern beschossen worden sei.

Einem Drahtbericht zufolge meldet der Pariser "Matin", daß der Streik in Le Havre abnimmt, aber auf Paris übergreifen begehne. Ohne die Entscheidung der Zentralleitung abzuwarten, beschloß das Arbeiterparlament, als Protest gegen die Vorgänge in Le Havre heute vormittag in einen Streik zu treten. Außerdem erließ die Vereinigung des extremistischen Arbeitersyndikats einen Aufruf, in dem sie die verbündeten Organisationen im ganzen Lande auffordert, einen 24tägigen Proteststreik gegen die Vorgänge in Le Havre ins Werk zu setzen, der Dienstag früh beginnen soll. Wegen der Generalstreiks des Verbandes wurde ein Haftbefehl erlassen.

Bei einem Zusammenstoß am Sonnabend zwischen Streikenden und der Polizei gab ein französischer Gendarm, welches von der Polizei erwidert wurde. Es gab drei Tote und etwa 30 Verwundete, wovon über 15 Polizisten sind und die übrigen Zivilisten. Noch mehr oder minder schwer Verletzte befinden sich im Krankenhaus. Son heute, Sonntag ab, wird die Leitung der Polizei in den Händen des Präfecten liegen.

Handwritten notes and signatures at the bottom right of the page.

Das Ergebnis der Rundreise Seipels

Wien, 28. August. (Tel.) Der Bundeskanzler Dr. Seipel und der Finanzminister Segur sind heute vormittag hier eingetroffen. Nachmittags fand eine eingehende Besprechung des Bundeskanzlers und des Finanzministers Dr. Frank mit dem Außenminister Dr. Grünberger statt, der sich bereits morgen zu den Verhandlungen des Völkerbundes nach Genf begibt, die am 31. August beginnen.

Über 10 000 Zentner Getreide verbrannt

Die große Kunstmühle in Sünching bei Regensburg ist niedergebrannt. Der Silo mit über 10 000 Zentner Getreide ist vernichtet worden. Der Schaden wird auf viele Millionen geschätzt.

Die zunehmende Unsicherheit in Berlin

Berlin, 28. August. (Tel.) Wie die „W. Z. am Mittag“ mitteilt, wurde Rechtsanwalt Schenck aus der Landgrabenstraße nachts auf dem Heimweg an der Ecke Anhalter- und Nürnberger Straße von mehreren im Hausflur stehenden Männern überfallen, mit einer Pistole bedroht und in einer dunklen Kammer völlig ausgeraubt.

Zum Untergang des französischen Panzerschiffes

Die Mannschaft des in der Nacht von Cuiberon gesunkenen Panzerschiffes „France“ wurde durch das Schleifschiff „Paris“ und durch andere Schiffe gerettet. Drei Mann der 1085 Körte starben bei der Rettung.

Schwedische Volksabstimmung über das Alkoholverbot

Stockholm, 28. August. (Tel.) Nach den bisherigen Feststellungen der Schwedischen Tel.-Ag. wurden bei der gestrigen Volksabstimmung über das Alkoholverbot 772 777 Stimmen für und 530 530 Stimmen gegen das Verbot abgegeben.

Kokales

Memel, den 29. August 1922.

[Die Erhöhungen bei der Eisenbahn.] Neben der bereits angekündigten 50prozentigen Verteuerung der Eisenbahngüter- und Zertarife, die bereits am 1. September in Kraft treten soll, werden auch neue Erhöhungen der Fahrpreise im Personennverkehr vom 1. Oktober ab durchgeführt werden. Diese Erhöhung soll ebenfalls im allgemeinen 50 Prozent auf die geltenden Sätze betragen.

[Litauische Bismarckverweigerung.] Wie wir hören, ist eine Gruppe Memeler Bürger, die einen Auszug nach Litauen beabsichtigen, das litauische Bismarck verweigert worden. Man hat ihnen merkwürdiger Weise bedeutet, daß sie vielleicht nach 14 Tagen das Bismarck erhalten könnten.

[Koggenablieferung dringend erforderlich.] Vom Landesdirektorium wird uns geschrieben: Die Koggenablieferung erfolgt im Memelgebiet entsprechend dem Antrage der Landwirtschaftskammer monatlich und zwar auf drei Viertel der Königsberger Schichtzeit des Vormonats.

[Wargeldloser Zahlungsverkehr.] Vom Stadtamtsamt wird uns geschrieben: Der niedrige Stand der Mark hat zu einer gewissen Knappheit an haren Zahlungsmitteln geführt. Der Scheck schon die Barzahlungsmittel und dient der Stärkung des Wirtschaftens. Jeder Kaufmann und Gewerbetreibende, Beamte, Anstellung u. s. w. sollte daher ein Scheckkonto bei der Sparkasse oder einer anderen Bank besitzen und seine Zahlungen möglichst durch Scheck leisten.

[Fahrplanänderung des Dampfers „Cranz“.] Mit dem 1. September tritt der Winterfahrplan der Cranzer Eisenbahn in Kraft. Der Dampfer wird dann an den ungeraden Tagen (1., 3., 5. usw.) um 11 Uhr v. m. von Memel abfahren.

also bereits 5,30 Uhr morgens, abfahren. Ankunft Königsberg 1 Uhr 20 Min. mittags. — Von Königsberg macht der Dampfer „Cranz“ am 31. August eine Extrafahrt nach Memel nach dem üblichen Fahrplan, wie an geraden Tagen.

[Dratorienverein.] Die Vorbereitungen zum dreißigsten Stiftungsfest des Dratorienvereins haben bereits ihren Anfang genommen. Als Hauptfeier ist die auf den 5. und 6. Dezember angelegte Aufführung des wundervollen Singspiels „Der Meißner“ gedacht worden, wozu die vier Solisten, mit Volte Leonard an der Spitze, bereits engagiert worden sind.

[Ziegenföhrung und Ziegenzucht.] Wie bereits bekanntgegeben, wird am Sonntag, den 10. September der Landwirtschaftskammer Memel die Föhrung der Ziegenböcke stattfinden.

Memeler Handels- und Schiffsahrtszeitung

Berliner Börse

Die Börse war gedrückt, der Hoffnung auf eine befriedigendere Entscheidung der Reparationskommission Raum zu geben. Daher waren im vorwärtigen Verkehr die Devisenkurse bei weitem dem Geschäft unter spekulativen Abgaben wesentlich abgefallen.

Table with 4 columns: Kurs, Devisen, 28. Aug. 25. Aug., 28. Aug. 25. Aug. Lists various exchange rates for currencies like Deutsche Mark, Reichsmark, etc.

Table with 4 columns: Telegraphische Auszahlungen, 28. August, 29. August, 28. August, 29. August. Lists telegraphic transfer amounts for various locations like Amsterdam, Buenos Aires, etc.

[Erhöhung des deutschen Reichsbankdiskonts und des Zinsfußes der Darlehnskasse.] Die deutsche Reichsbank hat am gestrigen Montag wie uns ein Drahtbericht aus Berlin mitteilt, den Diskont von sechs auf sieben Prozent und den Lombardzinsfuß von sieben auf acht Prozent erhöht.

zuvorverett für Memel und Umgegend, e. B. eine Ziegenzucht mit Prämierung der guten Ziegen. Als Prämien sind hohe Preise ausgesetzt. Der Ziegenzüchter darf die Sache aber nicht verkennen. Nicht der Prämien wegen soll er seine Ziege zum Schau stellen, nein, nur deswegen, damit er den Unterschied in der ganzen Herde erkennen lernt.

[Victoria-Hotelbetriebsgesellschaft.] Zu dem uns zugegangenen Bericht über die Generalversammlung wird uns noch mitgeteilt, daß der Ausbau des Saales und der Bar nach den Entwürfen des bauleitenden Architekten Josuweit ausgeführt wird und daß nur für den Saal eine Entwurfskizze von den Professoren Reinhardt und Süßenguth zugrunde gelegt worden ist.

Stadtsamt der Stadt Memel

Aufgaben: Arbeiter Max Billy Armonies mit Diensthöftin Erna Elisabeth Fischer, beide von Schmela. Geboren: Ein Sohn: Dem Kaufmann Alfred Windt; dem Arbeiter Max Alfred Wolfbauer von hier; dem Kaufmann Friedrich Heinrich Behrens von Schmela. — Eine Tochter: Dem Monteur Alexander Bonat von hier.

getreide abbietet. Sommergerste blieb in guter Ware weiter gefragt, war aber nicht viel angeboten. Hafer war nur billiger zu verkaufen.

[Veränderungen litauischer Zollsätze.] Laut Verfügung des litauischen Ministeriums für Handel und Industrie sind mit dem 20. August folgende Sätze des Inlandzolls vorzuziehen worden: Breiter 10 St. pro Zentimeter (1 St. = 1/10 Zoll), 23 St. pro Zentimeter, für unbeschädigte Wolle und Spinnerei 19 St. pro Zentimeter, unbeschädigte Wolle 15 St. pro Zentimeter.

[Von Peteraburger Hafen.] Seit Beginn der Schiffahrt bis zum 1. August d. J. sind im Peteraburger Hafen 24 Dampfer mit gesamt 27 947 822 Pfd Waren eingetroffen. Davon entfielen auf Lebensmittel- sendungen des Volkswirtschafts für Bewpflanzung 7 757 670 Pfd und auf die Sendung der amerikanischen Hilfskommission 5 257 856 Pfd.

Memeler Schiffsahrtsnachrichten

Table with 6 columns: Nr., Schif, Kapitän, Ton, Mit, Adressiert an. Lists ship arrivals and departures with details like ship name, captain, tonnage, crew, and agents.

Wetterwarte

Wettervorausage für Dienstag, den 29. August: Noch trocken, vielfach heiter und tagsüber ziemlich warm bei wachsenden östlichen Winden.

Temperaturen in Memel am 28. August: Morgens 6 Uhr: + 10,5, 9 Uhr: + 17,5, mittags 12 Uhr: + 17,2, nachm. 3 Uhr: + 16,5.

Witterungsübersicht von Montag, den 28. August, 8 Uhr morgens.

Bei schwachen, zunächst noch westlichen, später südöstlichen Winden herrschte gestern in unserm Bezirk teilweise etwas wärmere, vielfach heitere und meist trockene Wetter. In Deutschland war es heute früh bei schwachen östlichen Winden wärmer, meist heiter und übermäßig trocken.

Table with 6 columns: Beobachtungs-ort, Wetter, Grad Cels., Windrichtung, Beobachtungs-ort, Wetter, Grad Cels. Lists weather observations for various locations like Königsberg, Jauerburg, etc.

Wetter-Bericht für die Ostseehäfen von Montag, den 28. August, 8 Uhr morgens

Uebersicht der Witterung: Luftdruck: Hochdruckgebiet 767 Götland-Nordsee, Tiefdruckgebiet nordwestlich Island. — Wind: schwache östliche Winde. — Wetter: heiter, am heutigen Dienstag ziemlich heiter, schwache südöstliche Winde.

Table with 6 columns: Stationen, Barometer, Wind, Wetter, Temperatur, Bemerkungen. Lists weather reports for stations like Königsberg, Jauerburg, etc.

